

Aktionsbüro Einbürgerung im Paritätischen NRW

Servicestelle für Einbürgerungsfragen in NRW

NEWSLETTER ZUR EINBÜRGERUNG

01/2009 vom 24.04.2009

www.einbuergern.de

Heute erhalten Sie nach einer langen Pause wieder unseren Newsletter zur Einbürgerung. Der Newsletter wird Sie künftig regelmäßig über aktuelle Entwicklungen rund um das Thema "Einbürgerung, Staatsbürgerschaft und Integration" informieren.

Inhalt

1. Rückgang der Einbürgerungszahlen im Jahr 2008 auf Bundesebene sowie in NRW: Statistiken, Studien und Kommentare
 2. Sinus-Studie und Diskriminierung:
 - Sinus-Milieu-Studie und zwei Darstellungen: ADS und DJB
 - Sinus-Milieustudie "Diskriminierung im Alltag"
 - Sinus Sociovision: Eine Befragung mit den Migranten ohne deutsche Staatsangehörigkeit und ohne Einbürgerungsabsicht
 3. Kampagne: kommunalwahlrecht in NRW
 4. VGH Entscheidung: Keine Einbürgerung eines Analphabeten
 5. Curriculum Einbürgerung: Lehrplan „die Rechtsgrundlagen für die Einbürgerung“ --
-

NRW: Einbürgerungszahlen sind auch im Jahr 2008 um 20 Prozent zurückgegangen

Im Jahr 2008 ist die Zahl der Einbürgerungen in Nordrhein-Westfalen weiter zurückgegangen. 26.000 Ausländer haben in 2008 (ein Minus von 20 Prozent) den deutschen Pass bekommen; ein Minus von 20 %.

Es hat zwei Gründe warum die Zahl der Einbürgerungen im Jahr 2008 zurückgegangen ist:

zum einen, der Sprachnachweis B1-Prüfung war gerade neu eingeführt und mussten sich viele der Einbürgerungswilligen neu orientieren und zum anderen ist im Jahr 2008 der Einbürgerungstest eingeführt worden; dies hat viele Menschen verunsichert einen Antrag auf Einbürgerung zu stellen.

Einbürgerungen von Ausländern

jahr	Personen
2008	26 106
2007	32 581
2006	36 758
2005	35 100
2004	40 059
2003	44 318

2002	49 837
2001	60 566
2000	65 743
2008	26 106

Im Vergleich zum Jahr 2000 ist die Einbürgerungszahl im Jahr 2008 um 40.000 zurückgegangen. 2007 waren in NRW noch 32.581 Ausländer eingebürgert worden. Im Jahr 2006 war die Zahl mit 36.700 Einbürgerungen erstmals seit 2001 wieder gestiegen.

Menschen aus der Türkei stehen in den Einbürgerungsstatistiken mit 8.800 Einbürgerungen weiter auf der ersten Stelle, die zweite Stelle sind Marokkaner mit 1.500 Personen, aus dem Irak sind im Jahr 2008 1.400 menschen eingebürgert, aus Polen 1.100 ...

<https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/logon>

Sinus-Milieu: Ein Begriff aus der Soziologie

Sinus-Milieu ist ein Begriff aus dem [Marketing](#). Das Sinus-Milieu beschreibt neben den Segmentierungsvariablen geografisch, [soziodemografisch](#) und verhaltensbezogen die in den letzten Jahren immer wichtiger gewordene psychografische Variable. Die wissenschaftliche Hintergrundidee der Sinus-Milieus sind die [Sozialen Milieus](#) des französischen Soziologen [Émile Durkheim](#). (aus **Wikipedia, der freien Enzyklopädie**)

Was ist Sinus Sociovision?

Sinus Sociovision GmbH ist ein Marktforschungsinstitut in Heidelberg und Spezialist für psychologische und sozialwissenschaftliche Forschung und Beratung.

Sinus Sociovision entwickelt Strategien für Unternehmen und Institutionen, die den soziokulturellen Wandel als Erfolgsfaktor nutzen. <http://www.sinus-sociovision.de/>

Das Sinus-Modell von Sinus Sociovision

Eine ganzheitliche Milieu-Typologie des Marktforschungsinstituts Sinus Sociovision, Heidelberg, durch die die Gesellschaft nach Lebensstil und sozialer Schichtung eingeteilt wird. Aus: www.handelswissen.de .

Sinus-Milieu-Studie

Der Streit zwischen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) und des deutschen Juristenbundes (djb) wegen Sinus-Milieu-Studie zum Thema Gleichbehandlung im Kontext des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Zwei Pressemitteilungen:

Pressemitteilung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) vom 02.04.2009

Sinus-Milieu-Studie: Bei Antidiskriminierung kein gesetzlicher Regelungsbedarf, vielmehr Politik und Wirtschaft in der Verantwortung

68 % der Menschen sehen Gleichbehandlung in der Wirtschaft als einen Wettbewerbsvorteil im globalisierten Umfeld. Dies geht aus der ersten repräsentativen Milieustudie "Diskriminierung im Alltag" hervor, die die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Martina Köppen, am Donnerstag in Berlin vorstellte.

<http://www.antidiskriminierungsstelle.de/bmfsfj/generator/ADS/pressemitteilungen,did=121492.html>

(Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) wurde mit dem Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) im August 2006 errichtet. www.antidiskriminierungsstelle.de)

Pressemitteilung des deutschen Juristinnenbundes (djb) vom 6. April 2009

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes verkennt die aktuelle Situation Diskriminierter: Gegen Geschlechtsdiskriminierung und andere Arten gruppenbezogener Diskriminierung muss durch ein verbessertes Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geschützt werden

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes behauptet in ihrer Pressemitteilung vom 2. April 2009, ihre neue Sinus-Milieu-Studie ergebe, dass bei Antidiskriminierung kein gesetzlicher Regelungsbedarf bestehe. Der Deutsche Juristinnenbund (djb) stellt hierzu fest: Das geltende Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) schützt bislang nur unzureichend vor Diskriminierung. Nicht einmal die geltenden EU Antidiskriminierungsrichtlinien sind darin vollständig umgesetzt worden. (Deutscher Juristinnenbund, Pressemitteilung, Berlin, 6. April 2009)

http://www.djb.de/Kommissionen/kommission-arbeits-gleichstellungs-und-wirtschaftsrecht/pm09_04-AGG/

Sinus-Milieustudie "Diskriminierung im Alltag"

**ein Forschungsprojekt der der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS):
Diskriminierung im Alltag- Wahrnehmung von Diskriminierung und
Antidiskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft**

Die Grundlagenstudie "Diskriminierung im Alltag - Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft" ist die erste repräsentative, nach Milieus differenzierte Grundlagenstudie zur Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in Deutschland. (02.04.2009)

<http://www.antidiskriminierungsstelle.de/bmfsfj/generator/ADS/root,did=121488.html>

Die von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes kürzlich herausgegebene Sinus-Milieustudie "**Diskriminierung im Alltag**" offenbart neben enormen Vorurteilen im Zusammenhang mit der Religion - **insbesondere gegenüber Muslimen** - auch viel

Handlungsbedarf innerhalb der Mehrheitsgesellschaft, wenn es um die ethnische Herkunft oder um die Hautfarbe von Migranten geht. (11. April 2009)

<http://www.migazin.de/2009/04/11/sinus-milieu-studie-offenbart-groese-vorurteile-gegenuber-auslander/>

Sinus Sociovision

Eine Befragung mit den Migranten ohne deutsche Staatsangehörigkeit und ohne Einbürgerungsabsicht

Befragte Personen 673

Doppelte Staatsangehörigkeit als Einbürgerungsargument?

Würden Sie sich einbürgern lassen, wenn eine doppelte Staatsangehörigkeit möglich wäre?

36 % der Befragten haben mit Ja und

63 % mit Nein beantwortet

Quelle: Caritas, Statista 2009,

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/5159/umfrage/einbuengerungsargument-doppelte-staatsbuergerschaft/>

Hierbei handelt es sich um Eine Befragung mit den Migranten ohne deutsche Staatsangehörigkeit und ohne Einbürgerungsabsicht.

Wenn aber diese Befragten die Absicht für die Einbürgerung hätten, käme es mit Sicherheit eine andere Ergebnis heraus.

VGH Entscheidung: Keine Einbürgerung eines Analphabeten

Ein Ausländer, der weder lesen noch schreiben kann, kann mangels Kenntnis der deutschen Schriftsprache nicht eingebürgert werden. Das hat der 13. Senat des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg (VGH) mit einem jetzt veröffentlichten Urteil vom 22.01.2009 entschieden und damit eine dem Kläger günstige Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe aufgehoben (Az. 13 S 729/08).

<http://www.juraforum.de/jura/news/news/p/1/id/273715/f/106/>

weitere Meldungen und Links zum Thema:

Keine Einbürgerung von Analphabeten:

http://www.migration-info.de/mub_artikel.php?Id=090303

Ausländischer Analphabet kann nicht eingebürgert werden:

http://news.abacho.de/politik/artikel_anzeigen/index.html?news_id=63655

Kampagne kommunalwahlrecht

In NRW: KOMMUNALE WAHLRECHT für alle Migrantinnen und Migranten, die lange in Deutschland leben - wo ich lebe, will ich wählen!

Am 25.März 2009 stand im Rahmen einer Landespressekonferenz Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D., den Journalisten im Düsseldorfer Landtag Rede und Antwort zur Kampagne kommunales Wahlrecht.

Weitere Teilnehmer an der Pressekonferenz waren Frau Barbara Hemkes, Pressesprecherin des DGB-NRW, Herr Andreas Johnsen für die LIGA der Wohlfahrtsverbände und Tayfun Keltok, Vorsitzender der LAGA NRW.

<http://www.wahlrecht-fuer-migranten.de/xd/public/content/index.html?pid=516>

Wir als ABE unterstützen die Kampagne und wünschen viel Erfolg!

Curriculum Einbürgerung

In dieser Ausgabe haben wir auf unserem Lehrplan die Rechtsgrundlagen für die Einbürgerung

Rechtsgrundlagen für die Einbürgerung:

das Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG),
das Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit,
das Gesetz zur Verminderung der Staatenlosigkeit und
das Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer in Deutschland.
Auch das Grundgesetz (Art. 116 Abs. 2) enthält eine Regel für eine Einbürgerung für frühere deutsche Staatsangehörige mit einem Wohnsitz im Ausland, denen zwischen 1933 und 1945 die deutsche Staatsangehörigkeit aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen entzogen worden war.

Impressum und Kontakt:

Dieser Newsletter wird vom Aktionsbüro Einbürgerung im Paritätischen NRW herausgegeben und erscheint etwa einmal im Monat. Die Herausgabe wird vom MGFFI des Landes NRW www.mgffi.nrw.de und von der IFAK e.V. www.ifak-bochum.de gefördert.

Die darin veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht des ABE. Der Abdruck von Artikeln, Graphiken und Auszügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt. Sie können Ihr Abonnement unter der Emailadresse abe@einbuergern.de beenden.

im Auftrag des Herausgebers und der Redaktion: Kenan Araz, Bochum, April 2009.
Aktionsbüro Einbürgerung im Paritätischen NRW (ABE), Engelsburger Str. 168,
44793 Bochum, Tel: 0234/9621012, Fax: 0234/ 0234/68 33 36,

www.einbuergern.de | abe@einbuergern.de

Einbürgerung für mehr Demokratie, Gleichberechtigung und Emanzipation